

Rudolf Hickel

Keynes ist tot – Es lebe die keynessche Theorie Zum sechzigsten Todestag von John Maynard Keynes

Vor sechzig Jahren, am 21. April 1946, ist der Begründer der modernen Makroökonomik verstorben. Vergleichbar mit wenigen großen Ökonomen, wie Adam Smith, David Ricardo, Karl Marx und Joseph A. Schumpeter, hat er die Wirtschaftswissenschaft und die darauf bezogene Wirtschaftspolitik revolutioniert. Seine Erkenntnis, dass selbst noch so preisflexible Marktsysteme vor Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit nicht gefeit sind, hat er aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise (1928-1932) entwickelt. Dabei geht bei seinem Nachweis der Krisenanfälligkeit nicht darum, den Kapitalismus abzuschaffen. Vielmehr wird der Politik die Rolle zugewiesen, zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung und damit zur optimalen Entwicklung der koordinierten Marktwirtschaft beizutragen. Die deutschen Mehrheitsökonomien nutzen den sechzigsten Todestag Absagen an die Relevanz der keynesschen Makroökonomik zu verbreiten. Das war Mitte der 1960er Jahre noch ganz anders. Im Juni 1967 wurde das „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ als deutsche Variante keynesianischer Wirtschaftspolitik gefeiert. Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ betonte in seinem Jahresgutachten 1967/68 überschwänglich diese „Vollbeschäftigungspolitik“ mit den Worten: „Das Schwinden der industriellen Reservearmee‘ nach der Entdeckung der Vollbeschäftigung hat...in diesem Sinne fast den Charakter einer gesellschaftlichen Revolution“.¹ Eben dieser sog. „Rat der fünf Weisen“ sollte es vorbehalten bleiben, mit seiner Vierermehrheit in mehreren Schritten den Keynesianismus aus seinem Beratungshorizont zu verbannen. Erst wurde 1973 die monetaristische Theorie, die von der Ultrastabilität der Marktwirtschaft ausgeht, durchgesetzt. Dann folgte 1975 unter der rhetorischen Frage „Krise der Marktwirtschaft?“ der endgültige Wechsel zur reinen Angebotslehre: Mit dem tiefen Vertrauen auf die Harmonielehre von Jean Baptiste Say (1767-1832) wurde auf die Stärkung des einzelwirtschaftlichen rentablen Angebots ohne Rücksicht auf die effektive Nachfrage gesetzt. Die Instrumente sind: Lohnzurückhaltung, Abbau staatlicher Aktivitäten, Senkung vor allem der Unternehmenssteuern sowie umfassende Deregulierung. Trotz unübersehbarer Misserfolge, die Vierermehrheit dieses „Rats“ hält unerschütterlich an diesem Konzept fest. Der SVR bringt zum Ausdruck, was die überwiegende Mehrheit der Ökonomenzunft verbreitet: Die keynessche Theorie und Politik ist tot. Ohne Rücksicht auf die schöpferische Theorie wird auf dubiose Modelle eines „Vulgärkeynesianismus“ Bezug genommen. Die albernen Bilder vom

¹ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“, Jahresgutachten 1967/68, Ziff. 257

Flaschenvergraben und Pyramidenbau zur kurzfristigen Schaffung von Nachfrage und Einkommen werden beschworen. Heute stellt sich eine doppelte Aufgabe. Zum einen gilt es, zu zeigen, wie die Umverteilung der Einkommen und Rechte zur Stärkung der Unternehmenswirtschaft auf der Angebotsseite und damit die Reduktion auf Kostensenkung die ökonomischen Entwicklungspotenziale blockiert. Zum anderen ist es wichtig, gegenüber den Fehlinterpretationen die Grundlagen der keynesschen Theorie offen zu legen. Diesem Anliegen dienen die nachfolgenden Überlegungen. Keynes zeigt auf dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, wie die einzelwirtschaftlichen Entscheidungen im Zusammenspiel zu unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, die die Betroffenen als Gewaltverhältnis erleben, führen können.

Kernaussagen der „keynesschen Botschaft“ - Wiederbelebung des gesamtwirtschaftlichen Denkens und Handelns

Die Erklärung für das offensichtliche Scheitern der Angebotsdoktrin liefert die keynessche Makroökonomik: In kapitalistisch hoch entwickelten Ökonomien gibt es keine Gewähr dafür, dass sich das optimal mögliche Angebot auch ausreichend Nachfrage schafft. Der heutige Keynesianismus verfügt mittlerweile über eine Vielfalt von Ansätzen, zu erklären, warum sich zwischen dem optimalen Produktionspotential und der realisierten gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung eine Lücke auftun kann. Bei der Interpretation der „authentischen“ Aussagen von John Maynard Keynes ist jedoch große Vorsicht geboten. Die Authentizität seiner Lehre ist schon deshalb schwer zu erschließen, weil die Aussagen Keynes nicht immer eindeutig sind und somit unterschiedliche Interpretationen angeregt werden. Zum anderen firmieren unter der keynesschen Makroökonomik mittlerweile sich zum Teil auch widersprechende Lehren. Das veranlasste H. I. Grossmann zu der provokanten Frage: „Was Keynes a 'Keynesian'?“² Peter Hampe hat in einem Beitrag Anfang der achtziger Jahre unter Nutzung vieler bis dahin nicht bekannter Originalaufsätze zu dechiffrieren versucht, „was Keynes wirklich wollte...“³.

Es war A. Coddington, der Mitte der siebziger Jahre die wichtigsten Theorievarianten der keynesschen Makroökonomik sortierte und deren unterschiedliche Aussagen gegenüberstellte. Die Ansätze eint die Grundaussage, derzufolge interne Störungen der Marktwirtschaft gesamtwirtschaftlich zu Fehlentwicklungen führen können.⁴

² H. I. Grossman, Was Keynes a „Keynesian“?; in: Journal of Economic Literature, Vol 10/1972

³ P. Hampe, Was Keynes wirklich wollte ...Bekanntes, weniger Bekanntes und ziemlich Unbekanntes in seinem konjunktur- und beschäftigungspolitischen Denken; in: ders. (Hrg.), Friedman contra Keynes - Zur Kontroverse über die Konjunktur- und Beschäftigungspolitik, München 1984

⁴ A. Coddington, Keynesian Economics: The Search for First Principles; in: Journal of Economic Literature, Vol. 14/1976
Vgl. dazu ebenfalls: R. Hickel, Keynes(ian)sche Makroökonomik in der innerwissenschaftlichen Kontroverse - Forschungsstrategische Folgerungen; in: WSI-Mitteilungen 19/1980

- Der „hydraulische Keynesianismus“ entspricht am ehesten den einfachen Lehrbuchdarstellungen, die die hervorragende Ökonomin Joan Robinson jedoch gelegentlich als „Vulgär. bzw. Bastardkeynesianismus“ abgekanzelt hat. Im Mittelpunkt steht er Nachweis, dass sich durch den Abbau von Nachfragedefiziten („deflatorische Lücke“) über öffentliche Ausgabenprogramme problemlos das Produktions-, Einkommens- und Beschäftigungsniveau auf das optimal erreichbare Niveau hochpumpen lässt. Während die Interdependenzen zwischen den volkswirtschaftlichen Aggregaten analysiert werden, fehlt es allerdings an einer mikroökonomischen Fundierung.

- Die „neue Makroökonomik“ versucht mikroökonomisch begründet zu zeigen, dass realistischerweise ökonomisches Handeln bei nicht Marktträumenden Preisen (etwa Einschränkung der Produktion bei einem Angebotsüberschuss) zu einem Gleichgewicht bei Unterauslastung der Produktionskapazitäten führen kann. Diese Unterbeschäftigung vermag das preisflexibelste Marktsystem nicht zu verhindern („Theorie temporärer Gleichgewichte mit Mengenerationierung“).⁵

- Der „fundamentalistische Keynesianismus“ (H. P. Minsky) betont die nicht mehr kalkulierbare Unsicherheit bei Investitionsentscheidungen vor allem in Folge der Ausbreitung der instabilen Finanzmärkte bei der Erklärung der Unterbeschäftigung. Rationale, ja selbst adaptive Erwartungsbildung ist den Investoren nicht möglich. Stabile Gleichgewichte kommen in dieser mit einem Kaleidoskop verglichenen Ökonomie nicht zustande. Während die Masierung bekannt ist, gibt es keine Gesetzmäßigkeiten, mit denen die Anpassung der Ökonomie auf Grund von exogenen Schocks beschreibbar wäre - vergleichbar dem Wechsel des Bildes eines Kaleidoskops nach einem äußeren Anstoß.⁶

- Mittlerweile firmiert eine Fülle von Weiterentwicklungen und Ergänzungen der Fundamentalaussagen von Keynes unter dem Stichwort „Post-Keynesianismus“.⁷ Dazu gehören insbesondere: die Dynamisierung innerhalb der postkeynesianischen Wachstumstheorie (E. D. Domar/R. Harrod), die Berücksichtigung monopolistischer Preisbildung und der Einfluss von Verteilungskonflikten (M. Kalecki) sowie die Konzentration auf die mit dem keynesschem Nachfragemanagement finanzierbaren öffentlichen Projekte (J. Robinson mit ihrer Kritik am Rüstungskeynesianismus). Eine wichtige Weiterentwicklung bietet der Strukturkeynesianismus.

⁵ Vgl. zum Überblick dieser Variante H. Hagemann u.a., Die neue Makroökonomik - Marktungleichgewichte, Rationierung und Beschäftigung, Frankfurt a.M. 1980

⁶ Eine der Pionierarbeiten zum „kaleidoskopischen Keynesianismus“ ist das Buch: H. P. Minsky, John Maynard Keynes, New York 1975. Keynes hatte in seiner Antwort auf die Kritik an seiner „Allgemeinen Theorie ...“ durch J. Viner 1937 die Unsicherheit und damit Instabilität der Investitionen als Ursache von Unterbeschäftigung betont; vgl. J. M. Keynes, The General Theory of Employment; in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 51/1937

⁷ Vgl. zum Überblick A.S. Eichner (Hrg.), A Guide to Postkeynesianismus, London 1978

Maßnahmen zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dienen zugleich dringenden öffentlichen Investitionen vor allem in die Umwelt, von denen künftige Generationen profitieren.

Die einende Grundidee lautet: Rentables Angebot kann zum gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung führen, weil es an effektiver Nachfrage fehlt. Die Ursache ist klar: Nicht in vollem Ausmaß wird der Teil des Einkommens, der gespart wird, durch die Unternehmen in Investitionsnachfrage umgesetzt. Warum auch sollten ertragsoptimierende Unternehmen die nach den Entscheidungen der privaten Haushalte wachsenden Ersparnisse in entsprechendem Umfang in Investitionsnachfrage umsetzen? Die unzureichende Nachfrage ist also in kapitalistisch reifen Ökonomien eine Folge des gesamtwirtschaftlichen Übersparens.

So paradox es klingen mag, aus dem zunehmendem Wohlstand heraus entwickelt sich eine Barriere künftigen Wirtschaftswachstums. Denn mit der Ausweitung des Wohlstands nimmt der „Hang zum Verbrauch“ ab. Spiegelbildlich dazu wächst das Sparen, d.h. die Geldvermögensbildung. Um das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht bei Vollauslastung zu garantieren, müssten im selben Ausmaß die privatwirtschaftlichen Investitionen zunehmen. Da darüber die Renditeerwartungen entscheiden, ist ex ante die Übereinstimmung von Sparen und Investieren bei Vollauslastung der Produktionskapazitäten nicht zu erwarten. Übersteigt das Angebot die Nachfrage, so werden Produktion bzw. Volkseinkommen und damit die Ersparnisse so lange zurückgehen bis schließlich die Angebots- mit den Nachfrageentscheidungen übereinstimmen. Dieses makroökonomische Gleichgewicht hat den bitteren Makel der Unterbeschäftigung. Keynes weist aus dieser durch Übersparen bewirkten Wohlstandsfalle einen Ausweg: Stärkung des privaten Konsums durch eine Umverteilung zugunsten der unteren Einkommensgruppen, deren Konsumquote hoch ist, sowie finanzpolitisches Nachfragemanagement mit Unterstützung durch die Geldpolitik. Einen radikalen, allerdings nur am Rande angesprochenen Ausweg deutet Keynes am Ende seiner „Allgemeinen Theorie...“ an: „Ich denke mir daher, dass eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muss, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird.“⁸ Diese logische „Ultima Ratio“ gegenüber der in der Marktwirtschaft schlummernden Entwicklung zur Arbeitslosigkeit erklärt zum Teil die harten Attacken gegen die „keynessche Botschaft“. Dabei hat J.M. Keynes an keiner Stelle seines Werkes für die

⁸ J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, unveränderter Nachdruck, Berlin 1955

Abschaffung kapitalistischer Marktwirtschaften plädiert. Dazu war seine Skepsis gegenüber dem real existierenden Sozialismus - mit Blick auf das sowjetische Herrschaftssystem - viel zu groß. Marktökonomie zusammen mit politischer Gestaltung zu optimieren, war sein Anliegen. Er formulierte es wie folgt: „Ich für meinen Teil bin der Ansicht, dass ein klug geleiteter Kapitalismus die wirtschaftlichen Aufgaben wahrscheinlich besser erfüllen wird als irgend ein anderes, vorläufig in Sicht befindliches System, dass man aber gegen den Kapitalismus an sich viele Einwände erheben kann....Diese Gedankengänge zielen auf mögliche Verbesserungen der Technik des modernen Kapitalismus durch das Mittel kollektiver Betätigung ab.“⁹

Diese ordnungspolitischen Implikationen hat J. M. Keynes in seinem Vortrag über „Das Ende des Laissez-faire“ 1926 offen gelegt. Er stellt fest: „Diese Gedankengänge zielen auf mögliche Verbesserungen der Technik des modernen Kapitalismus“ durch gesamtwirtschaftliche Nachfragesteuerung.¹⁰ Nicht die Marktkräfte allein, sondern erst zusammen mit politischer Regulierung lassen sich ein ökologisch angemessenes und inflationsfreies Wirtschaftswachstum sowie hoher Beschäftigungsstand verwirklichen. Schlicht unseriös ist die Behauptung aus der Sicht der Angebotslehre, die gesamtwirtschaftliche Nachfragepolitik verlässe den Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung. Vielmehr geht es um eine „mixed economy“, innerhalb derer sich aus dem Zusammenspiel zwischen einzelwirtschaftlicher Rationalität und gesamtwirtschaftlicher Vernunft die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten optimieren lassen. Die theoretisch zweifelhafte und empirisch nicht haltbare Kritik an der Notwendigkeit gesamtwirtschaftlicher Steuerung setzt dagegen auf die Hegemonie der Marktkräfte unter Hinnahme systematisch erzeugter Risiken und Belastungen. Die politische Begleitung der Marktwirtschaft schafft jedoch erst die Voraussetzungen für eine ökonomisch-sozial-ökologisch optimale Entwicklung. Gegen diese staatliche Kompetenz zur Vermeidung von Wirtschaftskrisen wendet sich die Angebotslehre erbittert. Der Grunddissens offenbart sich in der Antwort auf die Frage, ob Märkte aus sich heraus genügend „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) zustande bringen, oder ob dafür das politische Gestalten hinzukommen muss.

Nicht nur über die ordnungspolitischen Vorstellungen Keynes dominieren Unkenntnis, ja ärgerliche Fehlinterpretationen. Hartnäckig hält sich auch das Vorurteil, Keynes habe lediglich eine Theorie der „kurzen Frist“ - also auf Konjunkturzyklen reduziert - formuliert. Dem widerspricht seine Anatomie der Wohlstandsfalle durch wachsendes Übersparen als Langfristpro-

⁹ J. M. Keynes, Ende des Laissez-Faire..., a.a.O., S. 421

¹⁰ vgl. die Originalzitate aus diesem Vortrag in der Interviewmontage: R. Hickel, Interview mit John Maynard Keynes - Über das Verhältnis von Theorie und Praxis in der zeitgenössischen Politischen Ökonomie; in: B. v. Greiff u.a. (Hrg.), Der Leviathan in unserer Zeit“, Opladen/Wiesbaden 1997, S. 420

blem kapitalistischer Ökonomien. Wichtige Aufsätze von Keynes konzentrieren sich auf die ökonomische Entwicklung in der langen Frist. Beispielsweise in seinen Beiträgen „Wirtschaftliche Möglichkeiten der Enkelkinder“ und „Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung“ wird gezeigt, dass es mit wachsendem Reichtum wegen steigenden Sparens der Marktdynamik immer weniger gelingt, die Produktionsmöglichkeiten und die damit verbundenen Beschäftigungspotentiale zu entwickeln. Neben öffentlicher Beschäftigungspolitik schlägt er daher die Arbeitszeitverkürzung als Antwort auf die sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften durch die Wirtschaft vor. Norbert Reuter hat eine ausgezeichnete Analyse zu diesen Grundideen vorgelegt und dazu die wichtigsten Aufsätze von Keynes dokumentiert.¹¹

Ökonomien in der Rationalitätsfalle

Zurück zum theoretischen Nachweis der deflatorischen Lücke, die eine Vollauslastung der Produktionsmöglichkeiten verhindert. Für die empirische Beobachtung dieses Dilemma ist entscheidend, dass die optimal mögliche Produktion erst gar nicht zustande kommt. Erkennbar ist die deflationäre Situation lediglich an der mangelnden Nutzung der wirtschaftlicher Wachstums- und Beschäftigungspotentiale. Zwischen einzelwirtschaftlicher Rationalität und gesamtwirtschaftlichem Optimum klafft also eine Lücke. Es herrscht eine „Kollektivillusion“ (Oliver Landmann) über die Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Das ökonomische System produziert demnach nicht über, sondern unter seinen Verhältnissen. Über das Handeln der einzelwirtschaftlichen Akteure ist Vollbeschäftigung nicht herstellbar. Würde in dieser Situation unterausgelasteter Kapazitäten ein Unternehmer allein investieren, so würde seine Produktionskapazität steigen, jedoch die Auslastungssichernde Zusatznachfrage nicht zustande kommen. Am Ende stünde er schlechter da als vorher. Das System auf einzelwirtschaftlicher Basis verfügt auch nicht über die Fähigkeit, zu kollektiven Investitionsaktivitäten zu finden. Aus dieser Rationalitätsfalle kann nur der Staat aufgrund seiner gesamtwirtschaftlich strategischen Rolle die Wirtschaft herausführen.¹² Öffentliche Nachfrage, die die deflatorische Lücke schließt, hebt die Produktion, das Einkommen und die Beschäftigung auf das optimale Niveau. Dabei muss die öffentliche Impulsnachfrage so finanziert werden, dass an anderer Stelle keine investive und/oder konsumtive Nachfrage verdrängt wird. Deshalb erhält die Finanzierung über öffentliche Kreditaufnahme den Vorrang. Von ihr gehen, wie empirische Untersuchungen nachweisen, am geringsten sog. Verdrängungseffekte in Richtung privatwirtschaftlicher Investitionen aus. Die Behauptung von der Verdrängung privatwirtschaftlicher Aktivitäten („Crowding-out“) durch staatliches Nachfragemanagement basiert auf wenig realistischen Annahmen.

¹¹ N. Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität - Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen - mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily Leontief, Marburg 1998

¹² Die wirtschaftspolitischen Implikationen der authentisch interpretierten Lehre von Keynes beschreibt: P. Hampe, Was Keynes wirklich wolltea, a. O., S. 101 ff. (.,IV. Stabilitätspolitik beim späten Keynes)

Gelingt die Stärkung der Wirtschaft, so löst diese Vorfinanzierung des Konjunkturprogramms über öffentliche Neuverschuldung keine Erhöhung der Kapitalmarktzinssätze aus, denn auch das Kapitalangebot wächst. Die Kritik der Anhänger der Theorie rationaler Erwartung ist wenig plausibel. Staatliche Impulsprogramme nicht anzunehmen, weil jeder Unternehmer weiß, dass es am Ende nur zum Inflationsanstieg und wegen der restriktiven Geldpolitik schließlich zu einer Stabilisierungskrise kommt, sind abenteuerlich. Dieses totale Wissen über künftige Wirkungen bietet das Marktsystem nun mal nicht. Vielmehr fehlt es an Informationen. Nicht einmal mathematisch kalkulierbare Erwartungsunsicherheiten sind maßgeblich. Der Impuls muss also außerhalb der einzelwirtschaftlichen Akteure im Wettbewerb, also durch den Staat, ausgelöst werden. Bei der Dosierung des staatlichen Nachfrageimpulses kann der Staatsausgaben-Einkommensmultiplikator genutzt werden: Eine Erhöhung der Nachfrage durch ein öffentliches Ausgabenprogramm pflanzt sich über die konsumtive Verausgabung in der Wirtschaft um ein Vielfaches fort. Staatsausgaben führen in der ersten Periode zu steigender Wertschöpfung und zunehmendem Einkommen. Daraus wird entsprechend der Konsumquote Nachfrage nach Konsumgütern ausgelöst und damit ein vergleichbarer Effekt durch die erneut steigende Konsumnachfrage ausgelöst. Der Multiplikator fällt umso geringer aus, je höher die Spar- und/oder die Importquote ist. Ökonometrische Studien schätzen den Staatsausgaben-Einkommensmultiplikator für Deutschland mit knapp zwei, d.h. zur Erhöhung des Sozialprodukts um 1 Mrd. € bedarf es eines staatlichen Ausgabenprogramms lediglich um $\frac{1}{2}$ Mrd. €.

Dieses Grundmuster keynesschen Nachfragemanagements ist zugegebenermaßen stark vereinfacht dargestellt. Es nährt die Vorstellung einer problemlosen Hydraulik, mit der das Produktionsniveau durch kreditfinanzierte Staatsausgaben erhöht werden kann. Wie bereits gezeigt, ist diese Grundidee einer Falle zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlicher Rationalität in der postkeynesschen Makroökonomik verfeinert und ausgeweitet worden. In diesem Zusammenhang zeigt der Versuch, dieses makroökonomische Dilemma mikroökonomisch zu begründen, die Grenzen der Angebotslehre eindrucksvoll: Den Ausgangspunkt bildet die neoklassische „Allgemeine Gleichgewichtstheorie“. Lediglich eine einzige Verhaltensweise wird aufgehoben. Entgegen der Annahmen in der Neoklassik wird realistischere ökonomisches Handeln auch dann zugelassen, wenn sich Angebot und Nachfrage nicht ausgleichen, d.h. der markträumende Gleichgewichtspreis noch nicht erreicht ist („false trading“). Dazu das Beispiel: Der Anbieter von Werkzeugmaschinen schließt auch dann Kontrakte, wenn das Angebot größer als die Nachfrage danach ausfällt (Käufermarkt). Allerdings werden in der nächsten Periode die Produktion und damit das Angebot an Werkzeugmaschinen reduziert. Bevor überhaupt die Preise reagieren können, kommt es zu einem sich verstärkenden Rückgang der Produktion, des

Einkommens und der Beschäftigung. Also, wenn an irgend einer Stelle des ökonomischen Systems Nachfrage ausfällt, d.h. es zu Absatzbeschränkungen gegenüber den Planungen kommt, dann führt die Reduzierung der ursprünglich vorgesehenen Nachfrage über Mengenrationierung zur Unterauslastung. Das preisflexibelste Marktsystem kann diesen Vorlauf sinkender Nachfragemengen nicht aufhalten. Auch unzureichende Informationen und damit der Zwang zur Erwartungsbildung unter selbst wahrscheinlichkeitstheoretisch nicht mehr kalkulierbarem Risiko verstärken diese Tendenz. Diese Modelle der „temporären Mengenrationierung“ legen den fundamentalen Unterschied zur neoklassischen Angebotsdoktrin offen: Niveau und Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften werden, wie bereits gezeigt, nicht maßgeblich auf den Arbeitsmärkten ausgemacht.

Hierarchie der Märkte: Arbeitsmärkte nicht entscheidend

Die keynessche Makroökonomik bildet dagegen realistischerweise die folgende Hierarchisierung der Märkte ab: Die Absatzchancen auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten sowie die Renditen auf den Geld- und Kapitalmärkten haben dominanten Einfluss auf die Produktion und damit die Nachfrage nach Arbeitskräften. Innerhalb der komplexen Interdependenz spielen die Arbeitsmärkte für die Entwicklung der Beschäftigung - im Gegensatz zur Neoklassik - nur eine untergeordnete Rolle. Es lassen sich die folgenden Wirkungszusammenhänge unterscheiden, um die „unfreiwillige“, d.h. durch Systemverhältnisse hervorbrachte Arbeitslosigkeit zu erklären.

Über Sachinvestitionen wird *zum einen* unter Abwägung der damit verbundenen Ertragserwartungen entschieden. Nicht die Lohnsatzhöhe auf den Arbeitsmärkten, sondern die Ertragserwartungen auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten sind entscheidend. Da diese maßgeblich durch die realisierbare Nachfrage beeinflusst werden, ist die gesamtwirtschaftlich belastende Rückwirkung einer Lohnsenkungspolitik zu berücksichtigen. Wird neoklassisch angeregt der Lohnsatz gesenkt, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, so kann am Ende das Angebot an Arbeitsplätzen durch die Unternehmen zurückgehen, weil sich über die sinkende Lohnsumme die Absatzbedingungen auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten verschlechtern. Lohnsätze sind eben nicht nur Kostenfaktor, sondern sie beeinflussen auch die kaufkraftfähige Nachfrage in der Binnenwirtschaft.

- Die Entscheidung für Sachinvestitionen hängt *zum anderen* auch von den auf den Geld- und Kapitalmärkten erzielbaren Renditen ab. Beim Investitionskalkül werden die Opportunitätskosten im Sinne entgangener Renditen durch alternative Anlagen den Renditen, die bei einer Verwendung der Finanzierungsmittel für Sachinvestitionen zu erzielen sind, gegenübergestellt. Ob Sachinvestitionen vorgenommen werden, hängt insoweit maßgeblich von den durch die Notenbank beeinflussten Geldmarktzinssätzen und

schließlich den Kapitalmarktzinssätzen ab. Im Zuge der Globalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte gewinnen die international erzielbaren Renditen logischerweise Einfluss auf die Sachinvestitionen. In diesem Zusammenhang hat Keynes das Bild vom „Kasinokapitalismus“ geschaffen. Hierbei prägt die Lust auf Renditemaximierende Kapitalanlagen an irgendeinem Ort der Welt das Anlageverhalten. Durch diese Renditenvergleiche gewinnen Spekulationen maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidung, Sachinvestitionen vorzunehmen. Zur gesamtwirtschaftlichen Relevanz von Spekulationen hält Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie ...“ von 1936 fest: „Spekulation mögen unschädlich sein als Seifenblasen auf einem steten Strom der Unternehmenslust. Aber die Lage wird ernsthaft, wenn die Unternehmenslust die Seifenblase auf dem Strudel der Spekulationen wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeit eines Spielsaals wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden.“¹³ Gemessen an der explosionsartigen Ausweitung des „Spekulationskapitalismus“ wird die Arbeit für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in der Tat „schlecht getan“.

- Schließlich ist Geld ein Vermögenswert. Im Ausmaß der Haltung von Geld als „Vermögensspeicher“ (J.M. Keynes) schlagen sich die Erwartungen über die künftige Wirtschaftsentwicklung nieder. Die Liquiditätshaltung ist somit ebenfalls stark spekulativ beeinflusst. Dabei ist entscheidend, dass unter pessimistischen Erwartungen selbst eine expansive Geldpolitik ihre Wirkung verliert, weil zusätzliches Geld in der Spekulationskasse hängen bleibt („Liquiditätsfalle“). Dessen Verwendung für volkswirtschaftliche Ausgaben gelingt im Klima pessimistischer Erwartungen wegen einzelwirtschaftlich durchaus rationaler Gründe nicht. Die Folge ist eine nachfragebedingte Unterauslastung der Produktionsmöglichkeiten und damit eine wirtschaftliche Wachstumsschwäche.

Fazit: Aus dem Zusammenspiel von Güter- und Dienstleistungsmärkten mit den Geld- und Kapitalmärkten werden die gesamtwirtschaftliche Produktion, das Volkseinkommen und die Beschäftigung determiniert. Wegen der Interdependenz der Märkte ist es völlig untauglich, ja kontraproduktiv, die Nachfrage nach Beschäftigten auf den Arbeitsmärkten monokausal erklären und therapieren zu wollen. Der Lohnpolitik kommt nicht die ihr durch die Angebotslehre zugeschriebene strategische Rolle zu. Eine noch so starke Lohnkostensenkung kann nicht, ohne die gesamtwirtschaftliche Entwicklung noch mehr zu belasten, Fehler der Geld-, Finanz- und Innovationspolitik kompensieren. Keynesische Makroökonomik legt vielmehr die Notwendigkeit der gesamtwirtschaftlichen Steuerung zum Ausgleich der marktproduzierten Nachfragedefizite offen. Nachfragepolitik ist insoweit die beste

¹³ J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Nachdruck von 1955, Berlin, S. 134

Wachstumspolitik. Andererseits lassen sich die Anforderungen an die makroökonomischen Politikfelder zur Stärkung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung erkennen. Es kommt auf eine Abstimmung der Geld- und Finanzpolitik an.

Keynes ist tot, wohl war. Auch für ihn gilt seine Mahnung bei der Zeitperspektive ökonomischer Modelle: „In the long run we are all dead“. Aber seine Makroökonomik wird nach dem Scheitern der Lehre von der einzelwirtschaftlichen Stärkung des Angebots dringender denn je gebraucht. Es wäre schon ein Erfolg, wenn der Todestag von Keynes zum Anlass genommen wird, erschöpfend seine Theorie zu diskutieren. Es ist doch intellektuell mehr als trostlos, wenn die keynessche Theorie nur noch als Schreckgespenst an den Universitäten behandelt wird. Statt deutschem Einheitsdenken ist Diskursqualität wie in den USA mit etwa den hochqualifizierten Keynesianern Stiglitz, Krugman, Romer und viele mehr gefordert.

Rudolf Hickel

Ein kurz gefasster Kommentar

John Maynard Keynes : Das praktische Ökonomengenie Zum sechzigsten Todestag

Als John Maynard Keynes in seiner Auseinandersetzung über den Zusammenhang von Geldmenge und Inflationsrate (Quantitätstheorie) kritisiert wurde, weil er nicht die langfristigen ökonomischen Zusammenhänge untersucht, sondern nur die kurze, konjunkturelle Frist betont, hat er mit der meist zitierten Formulierung geantwortet: „In the long run we are all dead“ (im „Tract on Monetary Reform“ von 1923). Dieses „praktische Genie“, wie ihn sein Biograf Robert Skidelsky charakterisierte, ist am 21. 4. 1946 vergangenen Freitag vor sechzig Jahren im englischen Firle, East Sussex gestorben (geboren 1883 in Cambridge). Auch von seinen erbitterten Gegnern wird er als der geniale Begründer der modernen Gesamtwirtschaftslehre anerkannt. Wer heute wissen will, welche Nachfragekomponenten das Bruttosozialprodukt bestimmen und wie sich das Volkseinkommen auf Arbeit und Kapital verteilt, der bedient sich der üblichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Auf der Basis der makroökonomischen Theorie von Lord Keynes hat sein Assistent Richard Stone, der dafür mit dem Ökonomen-Nobelpreis 1984 ausgezeichnet worden ist, die nationale und internationale Kontenführung begründet.

Die Lehre nach Keynes richtet sich gegen die Verheißung der

Marktorthodoxie: Wenn die durch den Staat gehegte und gepflegte einzelwirtschaftliche Rationalität, vor allem die Gewinnoptimierung, sich frei entfalten kann, dann wird automatisch Vollbeschäftigung erreicht. Diese heute sattsam verbreitete Primitivökonomie predigt das Motto, geht es etwa der Deutschen Bank gut, geht uns allen gut. Mit analytischem Blick auf die Große Depression (Weltwirtschaftskrise von 1928-1932), die die Anhänger der reinen Marktlehre bis heute nicht erklären können, zeigt er in seinem epochalen Werk „Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ von 1936: Einzelwirtschaftliche Rationalität kann im Zusammenspiel über die Märkte zur gesamtwirtschaftlichen Irrationalität führen. Die negativen Markenzeichen dieser Rationalitätsfalle sind Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Inflation. Die entscheidende Ursache liegt in der sog. Wohlstandsparadoxie: Mit wachsendem Wohlstand nimmt das Sparen der privaten Haushalte zu. Da aber die an der Profitmaximierung ausgerichteten Investitionen nicht unbedingt genau in dem selben Ausmaß wie das Sparen mitwachsen, werden die eigentlich vorhandenen Produktionsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft. Es entsteht unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Sie ist maßgeblich durch die unternehmerischen Investitionsstrategien auf den Güter- und Finanzmärkten bestimmt. Auf diesem Hintergrund erweist sich die heute geläufige, neoliberale Behauptung von der freiwillig durch die abhängig Beschäftigten gewählten Arbeitslosigkeit als böse Ideologie. Dadurch werden die Opfer der Arbeitsmärkte zu Tätern modelliert. Wie aber können die Rationalitätsfalle, die Wohlfahrtsparadoxie durchbrochen werden? Es gibt nur eine Instanz, den Staat, der außerhalb der Konkurrenz steht. Der Staat muss dem System mit ausreichender Nachfrage, dem sog. „Deficit spending“, auf die Sprünge helfen. Dabei ist die Finanzierung über öffentliche Kredite gegenüber Steuern überlegen. Denn damit wird kaum Nachfrage an einer anderen Stelle der Gesamtwirtschaft verdrängt. Keynes veranschaulicht die Schwerpunkte staatlicher Ausgabenprogramme zur Einkommensstärkung in der kurzen Frist anhand von Beispielen: der Bau von Pyramiden oder das Vergraben von Flaschen, die dann wieder ausgegraben werden. Anhand dieser illustrierenden, nicht ernst gemeinten Projekte wird heute genüsslich von den Marktorthodoxen versucht, die keynesschen Theorie und Politik lächerlich zu machen. Die Antwort auf diese Polemik bietet die Weiterentwicklung zum „Keynes plus“. Dafür steht heute die Forderung nach einem Zukunftsinvestitionsprogramm, wie es die IGMetall und Verdi mit einem Einstiegsvolumen von 30 Mrd. € fordern. Im Mittelpunkt steht die Kombination zweier Aufgaben: Im Widerspruch zum krisenverschärfenden Einsparkurs des Staats die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stärken und zugleich wichtige Zukunftsprojekte im Bereich materieller, ökologischer und sozialer Infrastruktur zu finanzieren. Keynes hat aber auch die Notwendigkeit der Umverteilung als Aufgabe gesamtwirtschaftlicher Politik erkannt. Dazu dient ihm das Beispiel der

Großen Giraffen, die mit ihren langen Hälsen, die kleineren Giraffen benachteiligen, ja aushungern. Umverteilung zugunsten der unteren Einkommen dient auch der Stärkung der konsumtiven Nachfrage, die mangels Kaufkraft verhindert wird.

Zu den großen Entdeckungen innerhalb seiner Gesamtwirtschaftslehre gehört der Einfluss unsicherer Erwartungen und daraus erwachsender Spekulationen. Die heutigen Finanzhaie, die Hedge- und Private Equity-Fonds, die oftmals mit ihrer kurzfristigen Gewinn gier produktive Unternehmen bedrohen, hat er weitsichtig vorausgesagt. Dazu gehören auch die Produktionsunternehmen, die ihre Gewinne nicht in die Finanzierung von Arbeitsplätzen, sondern an den Spieltischen des „Kasinokapitalismus“ einsetzen. Hier zeigt sich die Nähe der keynesschen Botschaft mit der Kapitalismusanatomie von Karl Marx. Aber auch das Bild der Rationalitätsfalle von Keynes erinnert an die Analyse im Marxschen Kapital. So beschreibt der „tendenzielle Falle der Profitrate“, wie die einzelkapitalistische Profitsucht, durch den dadurch erzeugten Profitratenfall das Wirtschaftssystem in die Krise treibt. Es gibt jedoch zwei wesentliche Differenzen. *Erstens* ist die Theorie von Keynes empirisch unmittelbar zugänglich und allein schon wegen der unsicheren Erwartungen nicht gesetzesdeterministisch, sondern offen. Der oftmals in der marxistischen Diskussion erhobene Vorwurf, er sei deshalb ein Theoretiker der Zirkulation, zeugt von wenig Kenntnis seines Werks. Denn gerade das Investitionsverhalten verknüpft die Produktionswirtschaft mit den spekulativen Finanzmärkten. Zweitens betont Keynes ordnungspolitisch die Alternativlosigkeit einer aktiven Politik zugunsten eines „klug geleiteten“ Kapitalismus. Er kennt die Einwände, nimmt sie Ernst und spricht auch schon mal von der „Verstaatlichung der Investitionen“. Jedoch, auch sein Blick auf den sich damals in der Sowjetunion durchsetzenden stalinistischen Herrschaftssystem, lassen ihn zur Erkenntnis kommen, dass ein „klug geleiteter Kapitalismus die wirtschaftlichen Aufgaben wahrscheinlich besser erfüllen...“, dass man aber gegen den Kapitalismus an sich viele Einwände erheben kann“ (aus einem Vortrag über „Das Ende des Laissez-faire“ vom 23. Juni 1926 an der Universität Berlin).

Keynes ist tot, seit sechzig Jahren. Jedoch, seine furchtbare Theorie und seine Politikempfehlungen leben so lange, so lange Wirtschaftskrise, eine stagnierende Binnenwirtschaft, vor allem aber Massenarbeitslosigkeit vorherrschen. Die heutigen neoliberalen Instrumente, wie das Arbeitslosengeld II + Zumutbarkeit des Niedriglohnssektors stehen im diametralen Widerspruch zu seinen politischen Empfehlungen. Er fordert eine klug geleitete Vollbeschäftigungspolitik. Dabei betont er in seiner Langfristökonomie für seine Urenkel über die Politik der Stärkung des Wirtschaftswachstums hinaus die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung.

Große Makroökonomien in den USA, wie Stieglitz, Roher, Krugman, Thurrow, Blanchard und der Altmeister Samuelson, aber auch der US-Notenbankpräsident Bernanke, haben zur fruchtbaren Weiterentwicklung beigetragen.

Basiert auf dem Beitrag:

Rudolf Hickel, Angebotsdoktrin in der Krise: Gründe für die Revitalisierung des keynesschen Makroökonomie; in: Fritz Helmedag / Norbert Reuter, Der Wohlstand der Personen – Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Marburg 1999

Rudolf Hickel,
Interview mit John Maynard Keynes, Über das Verhältnis von Theorie und Praxis in der zeitgenössischen Politischen Ökonomie (Interviewmontage); in: Rudolf Hickel (Hrg.), Radikale Neoklassik – Ein neues Paradigma zur Erklärung der Massenarbeitslosigkeit, Opladen 1986